

vom 17. Juli 2010

Senatoren-Modell wie in den USA? Diskussion um mehr Einfluss auf Bundesratsent- scheidungen / Politologe für Stärkung der Landtage

Von Wigbert Gerling

Bremen. Der Bundesrat wird abgeschafft, und es kommt ein Modell wie in den USA zum Zuge, bei dem die Bevölkerung direkt Senatoren wählt, die ihr Bundesland überregional vertreten? Der Bremer Politikwissenschaftler Lothar Probst hält dies für einen gangbaren Weg. Die Kritik daran, dass die Länderparlamente bei Entscheidungen im Bundesrat nicht vertreten seien, kann Probst nachvollziehen. Er attestiert eine „Tendenz zur Entparlamentarisierung“, die „auf jeden Fall ein Problem für die demokratische Verfasstheit unseres Gemeinwesens“ sei.

Hintergrund ist die Verabredung der Landtagspräsidenten, den Einfluss der Parlamente zu stärken. Eine Möglichkeit wäre es demnach, dass sich die Regierungsvertreter, die im Bundesrat über Gesetze abstimmen, an ein vorausgegangenes Votum ihrer Länderparlamente halten müssten („Stimmbindung“). Dies könne in den Landesverfassungen entsprechend verankert werden, was jedoch rechtlich umstritten ist (siehe auch nebenstehendes Interview).

Christian Weber, Präsident der Bremischen Bürgerschaft, setzt auf die Stärkung der Parlamente und trägt den Vorstoß seiner Amtskollegen mit. Er hat ein entsprechendes Papier zur Debatte im Parlament erarbeitet.

Der Politologe Lothar Probst nahm mit Blick auf die Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat den Begriff „Exekutiv-Föderalismus“ auf. Er passe seiner Ansicht nach recht genau zur Tendenz. Der Politikwissenschaftler: „Die Landesparlamente jedenfalls spielen dort kaum eine Rolle – die Ministerpräsidenten beziehungsweise die Vertreter der jeweiligen Landesregierungen agieren ziemlich eigenständig.“

Den Reformansatz der Landtagspräsidenten, die den Einfluss der Landtage auf Bundesratsentscheidungen vergrößern wollen, hält Lothar Probst „grundsätzlich für eine gute Idee“. Wenn eine politische Ebene hinzukomme, müsste man aus seiner Sicht jedoch den „Gesetzgebungsprozess entschleunigen“. Der Trend aber gehe genau in die andere Richtung. Mit Skepsis beurteilt Probst den Vorschlag, dann doch die Ministerpräsidenten direkt von der Bevölkerung wählen zu lassen: „Sie müssten sich dann für ihre Position im Bundesrat jeweils eine Mehrheit unter den Parteien des Landesparlaments suchen“. Als die „bessere Lösung“ stuft er die Idee ein, dann ein Senatsmodell wie in den USA in Erwägung zu ziehen.

Der Fraktionsvorsitzende der Links-Partei in der Bürgerschaft, Peter Erlanson, unterstützt „ausdrücklich“ die Forderung der Landtagspräsidenten und damit von Bürgerschaftspräsident Weber, den Einfluss der Landtage auf Entscheidungen im Bundesrat zu erhöhen: „Andernfalls würde sich die Frage stellen, wer Bremen tatsächlich regiert.“ Der Senat sei nicht die Vertretung der Bremerinnen und Bremer – das seien die Abgeordneten.